

rischen Fakten ebenso bedenklich. Unter anderem behauptet Schuck, dass die „von Geertz als *abangan* bezeichnenden Muslime“ der auf „Java dominierende(n) traditionalistische(n) Strömung innerhalb des indonesischen Islams“ zugeordnet werden könnten (S. 132). Es ist einer der Grundpfeiler von Geertz' Theorie, dass sowohl modernistische als auch traditionalistische Muslime *santri* sind, also devote Muslime, die nach einem strikten Glaubenskodex leben. Weiterhin bezeichnet Schuck die *Front Pembela Islam* (FPI) durchgängig als *Front Pembela Islam* (S. 133), was vor allem deshalb verwundert, da der FPI in Schucks Buch große Beachtung zuteil wird. Ebenso kurios ist seine Beschreibung des islamischen *think tanks* CPDS, das angeblich unter „erheblichem Einfluss von zwei Kindern Suhartos, Hartono und Tutut, stand“. (S. 150) Hartono war natürlich nicht Suhartos Sohn, sondern der Chef der Armee und mit Tutut lediglich befreundet. Schuck verweist auch auf „nahezu fünf Jahrzehnte“ autokratischer Herrschaft von Sukarno und Suharto (S. 132), wobei er fälschlicherweise die gesamte Phase der parlamentarischen Demokratie von 1950 bis 1957 der Autokratie Sukarnos zurechnet. Solche Fehler sind bezeichnenderweise keine Einzelfälle, sondern durchziehen das ganze Werk.

Christoph Schucks Buch ist leider ein Paradebeispiel dafür, woran die politologische Indonesistik in Deutschland seit langem krankt: kaum originelles Interviewmaterial oder Dokumente, Übertheoretisierung von allgemein bekannten Sachverhalten (die bei Schuck zu seltsamen Wortschöpfungen wie „konnektives Identitätsgefüge“ oder „normativ-perspektivische Relation“ führt), und wenig Vernetzung mit internationalen Entwicklungen auf dem jeweils erforschten Gebiet. Dabei gibt es auch Ausnahmen: Matthias Heilmann von der Universität Passau hat gerade eine höchstinteressante Diplomarbeit zur PKS abgeliefert, die leider noch unveröffentlicht ist. Wer originelles Material und Analysen zum Thema Islamismus in der indonesischen Parteienlandschaft

einsehen möchte, täte besser daran, Heilmanns Arbeit anzufordern als das hier besprochene Buch.

(Marcus Mietzner)

Rolf Jordan: Singapur. Globale Stadt und autoritärer Staat

Bad Honnef: Bad Honnef, 2007, 212 S., EUR 14,90

Singapur ist ein asiatisches Erfolgsmodell zumindest in ökonomischer Hinsicht. Der multi-ethnische und kosmopolitische Stadtstaat ist geradezu ein Symbol für wirtschaftlichen Erfolg in Zeiten der Globalisierung. Doch kann Singapur auch in politischer Hinsicht als vorbildlich gelten?

Der Kasseler Politikwissenschaftler Rolf Jordan verneint dies deutlich. In diesem Sinne hat er sich in seinem Buch „Singapur. Globale Stadt und autoritärer Staat“ das Ziel gesetzt, den umfassenden Kontrollanspruch der singapurischen Regierung zu veranschaulichen und darüber hinaus die Herrschaftsstrukturen in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen sichtbar zu machen.

Untergliedert in die Bereiche nationale Entwicklungspolitik, Wahlen und gesellschaftliche Organisationen, Wirtschaft, Sozialpolitik und Migration stellt Rolf Jordan einzelne Facetten des singapurischen Staates und seiner Regierungspolitik vor, so dass ein vielschichtiges und aussagekräftiges Gesamtbild eines autoritär regierten Entwicklungsstaats entsteht.

Nationale Entwicklungspolitik und -planung mit dem Ziel schneller ökonomischer Entwicklung hatte und hat für die Regierung Singapurs oberste Priorität. Der autoritäre Entwicklungsstaat ist jedoch keine Übergangserscheinung, sondern auf Dauer angelegt. Im Gegensatz zur gesellschaftlichen Mitwirkung kommt den fast autonomen Entwicklungsbehörden eine spezielle Funktion als wesentliche Instanz eines autoritären

Entwicklungsstaates zu. Wirtschaftswachstum und Wohlstand waren und sind dann auch die zentrale Legitimationsbasis der Regierung.

Synonym für die Regierung ist seit der Unabhängigkeit im Jahr 1965 die Herrschaft durch die People's Action Party (PAP), die in dem parlamentarischen Regierungssystem im nationalen Parlament immer über eine nahezu unangefochtene Mehrheit verfügte. Sie setzt schon im Vorfeld der regelmäßig stattfindenden Wahlen vielseitige Instrumente ein um ihre Chancen hierbei zu maximieren. So kontrolliert sie die Bevölkerung in den Wohnsiedlungen durch dort platzierte PAP-Einrichtungen und bedient sich zahlreicher weiterer Maßnahmen um die Opposition zu schwächen oder auszuschalten. Die Meinungs- und Pressefreiheit sind stark eingeschränkt, Gewerkschaften sind in ein Gefüge staatlicher Institutionen eingebunden.

Charakteristisch für Singapurs Ökonomie ist nicht nur, dass der Stadtstaat zu den besten Wirtschaftsstandorten der Welt gehört, durch politische Stabilität und Orientierung am Weltmarkt optimale Investitionsbedingungen bietet sowie mit der auf Export zielenden Industrieproduktion extrem abhängig von ausländischen Direktinvestitionen ist, sondern ebenfalls die dominante Rolle des staatlichen Unternehmenssektors. So reicht die Kontrolle der PAP auch weit in den wirtschaftlichen Bereich hinein. Dies zeigt sich zum einen in Form von nahezu autonomen Regierungsbehörden und zum anderen durch staatliche und teilstaatliche Unternehmen, durch die die singapurische Regierung direkt als Wirtschaftsakteur fungiert. Diese Unternehmen verfügen über wesentliche Vorteile gegenüber den privatwirtschaftlichen Unternehmen.

In einem weiteren Kapitel belegt Rolf Jordan, dass sich seit der Asienkrise auch zunehmend „Armut im Wohlstand“ breitgemacht hat, denn die Schere zwischen ‚Arm und Reich‘ in Singapur wird auf Grund sinkender Realeinkommen und steigender

Arbeitslosigkeit immer größer. Es gibt keine finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit, lediglich extrem geringe staatliche Unterstützungszahlungen in akuten sozialen Not-situationen, sowie eine Alters- und Gesundheitsversorgung, die gänzlich vom Einkommen der Versicherten abhängt. Der größte Teil staatlicher Sozialausgaben kommt dagegen dem Bildungssektor und Wohnungsbau zu Gute. Durch die umfassende Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Wohnungen bleiben die sozialen Disparitäten noch größtenteils verdunkelt. Der öffentliche Wohnungsbau ist eine weitere Legitimationsgrundlage für die PAP. Durch Verbindung von Wohnungsbaupolitik und der Förderung von Wohneigentum versucht Singapurs Regierung recht erfolgreich eine effektive Kontrolle der Bewohner sowie die Bindung an die PAP zu erreichen.

Als letzten gesellschaftlichen Bereich beleuchtet Rolf Jordan die Arbeitsmigranten, die vor allem aus den ärmeren Nachbarstaaten wie Indonesien ihr Glück im Stadtstaat suchen. Singapur ist auf niedrig qualifizierte Arbeitsmigranten angewiesen, spart jedoch weitestgehend an sozialer Verbindlichkeit und Absicherung. Sie leiden oft unter schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen und ihre Aufenthalts- und Arbeitsbestimmungen sind an diskriminierende Auflagen geknüpft. Arbeitsmigranten sind meist sozial nicht abgesichert und rechtlich nicht gegen Ausbeutung geschützt.

Durch die inhaltliche Vernetzung der Kapitel miteinander, die auch die Verschränkung der politischen Bereiche deutlich macht, zeigt Rolf Jordan das Netzwerk des umfassenden Kontrollanspruches der Regierung auf. Dieser erstreckt sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche. „Oben“ beginnend bei der nationalen Entwicklungspolitik bis nach ‚ganz unten‘ zu den gering qualifizierten Arbeitsmigranten. So wird auch sein Bild des unternehmerischen Staates nachvollziehbar, der, so Rolf Jordan, ehrgeizig und strategisch, aber nicht sozial und demokratisch seine Ziele verfolgt.

Der Kasseler Politikwissenschaftler sieht wenig Perspektiven für eine grundlegende Änderung der Herrschaftsstrukturen in Singapur in naher Zukunft. Allerdings stellt er im letzten Kapitel fest, dass auf Grund der zunehmenden sozialen Ungleichheit auch die durchaus vorhandene Unzufriedenheit mit der nationalen Entwicklungspolitik der Regierung und das daraus resultierende politische Potenzial für die Opposition nicht zu unterschätzen ist. Letzteres hält Rolf Jordan für erfolgreich umsetzbar, wenn es der Opposition gelingt durch eine befriedigende politische Antwort mehr Wählerstimmen für sich zu gewinnen. Demgegenüber steht allerdings die ungeklärte Frage, inwieweit die PAP eine ernsthafte Gefährdung ihrer Herrschaft zuließe und ob sie nicht wie bisher schon im Vorfeld durch verschärfte repressive Maßnahmen gegenüber der Opposition gegensteuern würde. Dass die Regierung hierzu über die nötigen Netzwerke und das Potenzial verfügt ist, nicht zuletzt in diesem Buch, nur zu deutlich geworden.

Insgesamt zeichnet Rolf Jordan in seinem sehr zu empfehlenden Buch ein klares Bild der komplexen gesellschaftlichen und politischen Realität in Singapur und wirft einen kritischen Blick hinter die glänzende Fassade des Wohlstands. Klar und verständlich geschrieben macht der Autor in seinem auch für Nicht-Akademiker gut zu lesenden und kritischen Buch deutlich, dass der ökonomische Erfolg des Stadtstaats eng verbunden ist mit einer autoritären politischen Ordnung, die in alle gesellschaftlichen Bereiche steuernd und kontrollierend eingreift und somit individuelle Grundrechte der Bevölkerung aushebelt. Als Vorbild für eine zukünftige Gesellschaftsordnung in Zeiten der Globalisierung kann Singapur somit nur höchst eingeschränkt dienen.

(Stephanie Nass, Patrick Ziegenhain)

Weijian Liu: Kulturelle Exklusion und Identitätsgrenzung. Zur Darstellung Chinas in der deutschen Literatur 1870-1930

Deutsch-ostasiatische Studien zur interkulturellen Literaturwissenschaft, Bd. 7, Bern et al.: Peter Lang, 2007, 464 S., EUR 74,30

Ein ferner Landstrich „vernünftiger Moral“ oder Hort einer namenlosen „gelben Gefahr“? Seit Jahrhunderten fasziniert und polarisiert China Wissenschaftler wie Laien. Immer wieder haben auch Schriftsteller hierzulande das sagenhafte Reich im fernen Osten medial ins Bild gerückt und somit in erheblichem Maße zu Entwicklung und Niedergang wechselnder Chinabilder beigetragen. Dass diese „Images“ des fernen Landes dabei mindestens ebensoviel über das „Eigene“ – nämlich die kulturelle Identität und das Selbstverständnis der Schreibenden – wie über das Fremde, das „Andere“ (in diesem Fall: China) verraten, liegt nahe und ist in der Forschungsliteratur weitgehend anerkannt. Ein Zusammenhang, der forschungsleitend auch im Zentrum der umfangreichen Arbeit Liu Weijians steht. Im Klartext: Die literarische Auseinandersetzung mit China ist ein Aspekt kultureller – und immer wieder (deutsch-) nationaler – Selbstverortung.

In seiner Analyse konzentriert der Autor sich auf ein Zeitfenster von rund vier Jahrzehnten (1870-1930): So bezieht er die Gründerperiode des Deutschen Reiches und vor allem die Zeit der kolonialen Bestrebungen des Wilhelminischen Deutschland ebenso in seine Betrachtung ein wie die unruhigen Jahre der Weimarer Republik. Zwischen abendländischer Kulturkritik und der pangermanisch-rassistischen Konstruktion „des“ Chinesen als kolonialem Diener entfaltet Liu auf diese Weise das Panorama eines vielschichtigen literarischen Diskurses. Er arbeitet heraus, dass eine eindeutige Tendenz zur inhaltlichen und sprachlichen, vor allem jedoch zur ideologischen Homogenisierung